

2. Sitzung

Düsseldorf, Mittwoch, 4. Juni 1975

Mitteilungen des Präsidenten	11 A	Vorstellung und Vereidigung der übrigen Mitglieder der Landesregierung	12 B
Verpflichtung des Abg. Wirtz SPD	11 A	Kühn, Ministerpräsident	12 C
Wahl des Ministerpräsidenten	11 B	Entgegennahme der Regierungserklärung	13 A
Pürsten CDU	11 B	Kühn, Ministerpräsident	13 A
Dr. Haak SPD	11 B		
Ergebnis	12 A	Nächste Sitzung	17 D
Vereidigung des Ministerpräsidenten	12 A		

Entschuldigt war für den 4. Juni 1975:

CDU: Dr. Petermann

(A) Beginn 10.06 Uhr

Präsident Dr. Lenz: Meine Damen und Herren, ich eröffne die heutige Sitzung und heiße Sie alle recht herzlich willkommen. In den Willkommensgruß beziehe ich ausdrücklich unsere Gäste auf der Tribüne sowie die Vertreter von Presse, Hörfunk und Fernsehen ein.

Am heutigen Tage feiert seinen Geburtstag Herr Abg. Mertens von der Fraktion der CDU; er wird 52 Jahre alt. Recht herzlichen Glückwunsch!

(Lebhafter Beifall)

Meine Damen und Herren, für heute ist ein Abgeordneter entschuldigt: Es ist Herr Abg. Dr. Petermann von der Fraktion der CDU. Sein Schwiegervater wird heute bedingt; aus diesem Grunde hat er sich entschuldigt.

Sie haben die Tagesordnung für die heutige Sitzung erhalten.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, haben wir die **Verpflichtung des Herrn Abg. Wirtz von der Fraktion der SPD** vorzunehmen. Herr Abg. Wirtz war verhindert, an der ersten Sitzung in der vergangenen Woche teilzunehmen. — Ich bitte Sie, Herr Kollege Wirtz, zu mir zu kommen, damit ich die nach § 2 unserer Geschäftsordnung vorgesehene Verpflichtung vornehmen kann.

(B) (Abg. Wirtz SPD wird verpflichtet.)

Herzlichen Glückwunsch — und auf gute Zusammenarbeit!

Meine Damen und Herren, wir treten nun in die Tagesordnung ein. Ich rufe **Punkt 1** auf:

Wahl des Ministerpräsidenten

Nach Artikel 52 Abs. 2 der Landesverfassung wählt der Landtag aus seiner Mitte in geheimer Wahl ohne Aussprache den Ministerpräsidenten mit mehr als der Hälfte der gesetzlichen Zahl seiner Mitglieder.

Es ist parlamentarischer Brauch, daß die Fraktionen in der Reihenfolge ihrer Stärke ihre Vorschläge machen. Ich frage zunächst die CDU-Fraktion: Wird das Wort gewünscht? — Herr Abg. Pürsten!

Pürsten CDU: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Namen der stärksten Fraktion dieses Hauses, der CDU-Fraktion, schlage ich zur Wahl für das Amt des Ministerpräsidenten den Abgeordneten Heinrich Köppler vor.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Lenz: Ich frage nunmehr die SPD-Fraktion. — Das Wort hat Herr Abg. Dr. Haak.

Dr. Haak SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im Namen der SPD-Fraktion schlage ich den

Abgeordneten Heinz Kühn zur Wiederwahl als Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen vor. **(C)**

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Präsident Dr. Lenz: Meine Damen und Herren! Wird weiter das Wort gewünscht? — Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur **Wahl**.

(Unruhe)

Wird doch das Wort gewünscht? — Das ist nicht der Fall.

Meine Damen und Herren, ich darf Ihre Aufmerksamkeit auf das Wahlverfahren richten. Sie erhalten einen weißen Stimmzettel, auf dem in alphabetischer Reihenfolge die Namen der beiden vorgeschlagenen Kollegen eingetragen sind. Hinter den beiden Namen befinden sich die üblichen Kreise, damit Sie die Wahlhandlung vornehmen können. In einer dritten Zeile des Stimmzettels steht das Wort „Enthaltung“. Dahinter befindet sich ebenfalls ein Kreis. Sie haben also bei dem Stimmzettel drei Möglichkeiten. Wenn Sie einen leeren Stimmzettel abgeben, ist das eine ungültige Stimme.

Nun zum Wahlverfahren selbst! Sie werden von einem der Schriftführer aufgerufen, und zwar in alphabetischer Reihenfolge. Ich bitte Sie dann, nach vorn zum Stenographentisch zu kommen, und zwar von Ihnen aus gesehen rechts. Sie nennen dort bitte noch einmal Ihren Namen, erhalten die Wahlunterlagen, und zwar einen Stimmzettel und einen Umschlag. Sie begeben sich dann bitte hier nach oben zum Rednerpult, üben hier Ihre Wahl aus, legen den Stimmzettel in einen Umschlag, gehen an dieser Seite wieder hinunter, **(D)**

(Heiterkeit)

— ja, meine Damen und Herren, lachen Sie nicht, das ist eine ernste Sache —

(Heiterkeit)

geben den Stimmzettel dann in die Urne und kehren zu Ihrem Platz wieder zurück.

Meine Damen und Herren, soviel zum Wahlverfahren! Wird dazu das Wort gewünscht? — Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich Herrn Abg. Riehemann, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Der Namensaufruf erfolgt.)

Meine Damen und Herren! Hat ein Abgeordneter seine Stimme nicht abgegeben? — Dann stelle ich fest, daß alle Abgeordneten ihre Stimme abgegeben haben. Ich **schließe** damit die **Wahlhandlung** und bitte, die Stimmen **auszuzählen**.

(Die Auszählung der Stimmen wird vorgenommen.)

Präsident Dr. Lenz: Meine Damen und Herren! Ich gebe das **Wahlergebnis** bekannt:

(Präsident Dr. Lenz)

- (A) Dem Landtag gehören 200 Abgeordnete an. Für heute liegt die Entschuldigung eines Abgeordneten vor. An der Wahl haben sich 199 Abgeordnete beteiligt. Es sind 199 Stimmen abgegeben worden; alle Stimmen sind gültig.

Auf Herrn Abg. Heinrich Köppler entfielen 94 Stimmen, auf Herrn Abg. Heinz Kühn entfielen 105 Stimmen; der Stimme enthalten hat sich niemand.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und F.D.P.)

Damit hat Herr Abg. Heinz Kühn die verfassungsmäßig vorgeschriebene Mehrheit erhalten und ist zum Ministerpräsidenten gewählt worden.

Herr Abgeordneter Kühn, ich frage Sie: Nehmen Sie die Wahl an?

(Kühn SPD: Herr Präsident, ich nehme die Wahl an!)

— Danke sehr.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Wir kommen nun zu **Punkt 2** der Tagesordnung:

Vereidigung des Ministerpräsidenten

- (B) Art. 53 der Landesverfassung schreibt vor, daß die Mitglieder der Landesregierung bei ihrem Amtsantritt vor dem Landtag einen Amtseid zu leisten haben. Herr Ministerpräsident, ich bitte Sie, nach hier zu kommen, damit Sie vor dem Landtag diesen Eid ablegen.

(Ministerpräsident Kühn wird vereidigt.)

Herr Ministerpräsident, ich überreiche Ihnen die Urkunde gemäß § 2 des Landesministergesetzes, gratuliere Ihnen im Namen des Landtags und wünsche Ihnen Glück und Erfolg in Ihrem Amt.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Meine Damen und Herren, der Herr Ministerpräsident hat mir mitgeteilt, daß er seine Regierung sofort zu ernennen wünscht. Ich unterbreche deshalb die Sitzung für 15 Minuten. Die Verhandlung wird pünktlich um 11.30 Uhr fortgesetzt. Ich bitte die Damen und Herren Abgeordneten, im Saale zu bleiben. Die **Sitzung ist unterbrochen.**

(Unterbrechung der Sitzung von 11.13 bis 11.31 Uhr)

Die **Sitzung ist wieder eröffnet.**

Wir kommen zu **Punkt 3** der Tagesordnung:

Vorstellung und Vereidigung der übrigen Mitglieder der Landesregierung

Der Herr Ministerpräsident hat mir mitgeteilt, daß er nunmehr sein Kabinett vorstellen möchte. Ich erteile ihm das Wort.

(C) **Kühn, Ministerpräsident:** Meine Damen und Herren! In dieser sehr feierlichen Sitzung ist offensichtlich eine zeremonielle Erneuerung eingetreten; denn ich entsinne mich, daß ich die beiden letzten Male, die ich die Ehre hatte, Ministerpräsident zu werden, die Ernennung meiner Minister dem Herrn Präsidenten durch Brief mitgeteilt habe.

(Elfring CDU: Das ist zu teuer!)

Ich glaube jedoch, daß, auch ohne daß ich ein Dokument zur Hand habe, mein Gedächtnis ausreicht, um Ihnen mitzuteilen, daß ich zu Ministern des dritten Kabinetts der sozial-liberalen Koalition berufen habe — oh, da bekomme ich es sogar —:

(Heiterkeit)

Herrn Dr. Host-Ludwig Riemer
zum Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr,
gleichzeitig zum Stellvertreter des Ministerpräsidenten,

Herrn Prof. Dr. Friedrich Halstenberg
zum Finanzminister,

Herrn Dr. Burkhard Hirsch
zum Innenminister,

Herrn Dr. Diether Posser zum Justizminister,

Herrn Johannes Rau
zum Minister für Wissenschaft und Forschung,

Herrn Jürgen Girgensohn
zum Kultusminister,

Herrn Diether Deneke
zum Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten,

Herrn Prof. Dr. Friedhelm Farthmann
zum Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales,

Frau Ingeborg Donnepp
zum Minister für Bundesangelegenheiten.

Präsident Dr. Lenz: Danke sehr!

Ich bitte nunmehr die Frau Minister sowie die Herren Minister zur Eidesleistung zu mir zu kommen.

(Präsident Dr. Lenz vereidigt die Mitglieder der neuen Landesregierung.)

Frau Minister, meine Herren Minister, ich gratuliere Ihnen im Namen des Landtags recht herzlich zu dem Ihnen übertragenen Amt. Ich wünsche Ihnen alles Gute und viel Erfolg in Ihrer Arbeit.

(Anhaltender Beifall bei den Regierungsparteien)

Ich bitte Sie, auf der Regierungsbank Platz zu nehmen.

(Präsident Dr. Lenz)

- (A) Meine Damen und Herren! Wir kommen zu Punkt 4 der Tagesordnung:

Entgegennahme der Regierungserklärung

Ich erteile das Wort dem Herrn Ministerpräsidenten.

Kühn, Ministerpräsident: Herr Präsident, meine Damen und Herren! In der Landtagswahl vom 4. Mai 1975 hat eine überzeugende Mehrheit der Bürger unseres Landes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Freien Demokratischen Partei das Mandat erteilt, auch in der achten Legislaturperiode des nordrhein-westfälischen Landtages die Regierung zu bilden. Beide Parteien hatten die Absicht der Koalition, ihre gemeinsame Regierung fortführen zu wollen, vor der Wahl eindeutig und nachdrücklich erklärt. Mit der heutigen Entscheidung dieses Hohen Hauses ist das sozial-liberale Bündnis bekräftigt worden.

Es sind heute wie 1970 die beiden gleichen Gründe, die das sozial-liberale Bündnis tragen:

Erstens: Die Sicherung und Weiterentwicklung der gemeinsamen Erfolge in der Landespolitik, der wir in den vergangenen acht Jahren eine neue, zukunftsorientierte Richtung gegeben haben.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Die sozial-liberale Koalition wird um unseres Landes und seiner Menschen willen nüchtern, realistisch, unideologisch, aber entschlossen das Begonnene fortsetzen, das Bewährte bewahren, das Notwendige tun, das Wünschbare, das heute unter den weltwirtschaftlichen Herausforderungen noch nicht verwirklicht werden kann, dann in Angriff nehmen, wenn dies möglich ist.

(Spellerberg CDU, Dr. Pohl CDU: Aha!)

Zweitens: Die Bekräftigung der gemeinsamen Mitverantwortung für die sozial-liberale Bundespolitik. Das Votum der Wähler ist nicht nur eine Entscheidung für die sozial-liberale Koalition in Düsseldorf gewesen, sondern zugleich ein Vertrauensbeweis für die sozial-liberale Bundesregierung unter Bundeskanzler Helmut Schmidt und Vizekanzler Hans-Dietrich Genscher.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Die Koalitionspartner betrachten es deshalb als ihre Pflicht, die Politik dieser Bundesregierung auch weiterhin entschlossen zu unterstützen.

Nordrhein-Westfalen ist ein Bundesland von besonderer Bedeutung. Wir werden die politische Stimme und das politische Gewicht unseres Landes nachdrücklich dafür einsetzen, daß die großen politischen Probleme gemeinsam mit der Bundesregierung gelöst werden. Wo es zur Lösung der großen Probleme notwendig ist, wird diese Landesregierung für die Erweiterung der Kompetenzen des Bundes eintreten. So sind wir in der Frage der Be-

kämpfung politischer Gewaltverbrechen für jede notwendige Erweiterung der Zuständigkeit des Bundeskriminalamtes. (C)

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Die Landesregierung weiß, daß die Mehrheit, die sie in der Landtagswahl vom 4. Mai gefunden hat, in besonderem Maße auf dem Bekenntnis und dem Vertrauen der Arbeitnehmer beruht.

(Beifall bei der SPD)

Sie wird dies in ihrem Handeln nicht vergessen.

Das staatspolitische Verantwortungsbewußtsein und die gesellschaftspolitische Einsichtsbereitschaft der Gewerkschaften sind gerade für dieses Land stets von prägender Bedeutung gewesen. Das bewährte Funktionieren einer fairen Sozialpartnerschaft zwischen Gewerkschaften und Unternehmern, die gleichermaßen und gleichgewichtig Verantwortung für sozialen Frieden und wirtschaftliche Stabilität tragen, ist nicht nur eine Erwartung der Landesregierung, sondern eine Notwendigkeit für unser Land.

Die Landesregierung sieht in beiden, Gewerkschaften und Unternehmern, Partner ihres eigenen Handelns.

Die Regierung wird aber auch die Partnerschaft aller freiheitlichen Kräfte unserer pluralistischen Gesellschaft suchen und begrüßen. (D)

Im gemeinsamen Dienst am Bürger werden sich Staat und Kirchen immer wieder begegnen, in gegenseitiger Unabhängigkeit und gemeinsamer Pflicht, Freiheit und Würde des Menschen zu sichern und zu schützen. Die Landesregierung wird dabei den Kirchen ein offener Partner sein, der ihre Rechte respektiert und schützt.

Die Landesregierung ist eine Koalitionsregierung, das heißt, ihre Partner sind zwei eigenständige Parteien. Das Regierungsprogramm dieser Koalition ist ein fruchtbarer Kompromiß aus dem Geiste partnerschaftlicher Verbundenheit.

Sozialdemokraten und Freie Demokraten haben aus diesem Geiste in den vergangenen zwei Regierungsperioden zusammengearbeitet und die Grundsätze für das Programm der neuen Regierungsperiode gemeinsam erarbeitet.

Keine der beiden Koalitionsparteien hat für das Regierungsprogramm ihre Prinzipien preisgeben müssen; keine ist zum Erfüllungsgehilfen der parteipolitischen Aussagen der anderen genötigt worden.

Ich darf die Gelegenheit benutzen, um den ausgeschiedenen Ministern auch vor dem Hohen Hause herzlichen Dank für die Arbeit im Dienste des Landes zu sagen:

Willi Weyer als Innenminister und Stellvertreter des Ministerpräsidenten,

(Kühn, Ministerpräsident)

(A) Hans Wertz als Finanzminister und

Werner Figgen als Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Willi Weyer hat dem Lande mehr als 16 Jahre als Chef unterschiedlicher Regierungsressorts gedient. Er war seit 1962 ohne Unterbrechung Innenminister. Er hat die Innenpolitik dieses Landes geprägt. Willi Weyer verläßt uns; seine Leistungen bleiben, insbesondere für die innere Sicherheit und die kommunale Gebietsreform.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Willi Weyer war mir ein verlässlicher Partner, ein kameradschaftlicher Freund, der Landesregierung ein erfahrener Kollege und dem ganzen Lande ein verdienstvoller Politiker.

Finanzminister Hans Wertz hat sich in der ganzen Bundesrepublik durch seine besonderen Fähigkeiten und Leistungen hohe Anerkennung erworben. Immer wieder haben ihn über alle Parteigrenzen hinweg die Finanzminister aller Bundesländer zu ihrem Vorsitzenden gewählt. Die Pflichten seines Amtes und die Struktur seines Temperaments haben ihn sich selbst, seinen Gegnern und seinen Freunden keinen leichten Partner sein lassen, — aber jeder konnte auf sein großes sachliches Wissen und seine uneigennütige Loyalität bauen.

(B)

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Das Hohe Haus wird über alle Parteigrenzen hinweg das Ausscheiden beider aus dem parlamentarischen Leben als einen großen Verlust empfinden müssen.

Von Minister Werner Figgen heißt es nicht Abschied zu nehmen. Er bleibt als Abgeordneter unter uns und wird uns mit seinen Erfahrungen zur Verfügung stehen. Werner Figgen war ein Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales, der den Schwachen und Behinderten immer zur Seite gestanden hat. Auch ihm gilt mein Dank für seinen Dienst in den Landesregierungen zweier Legislaturperioden.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Meine Damen und Herren! Die Landespolitik der nächsten Jahre muß mit fühlbaren Einschränkungen rechnen: mit einem langsameren Wirtschaftswachstum und folglich mit einem geringeren Zuwachs des Sozialprodukts sowie mit sich verknappenden öffentlichen Einnahmen.

Zwar steht die Bundesrepublik im internationalen Vergleich eindrucksvoll da: mit einer Währung, die zu den härtesten der Welt gehört, mit hohen Devisenreserven, mit der geringsten Preissteigerungsrate aller Industrieländer, mit einem Nettorealeinkommen der Arbeitnehmer

und Selbständigen, das zu den höchsten in der ganzen Industrieländerwelt zählt, und mit einem System der sozialen Sicherheit, das in der Welt beispielhaft ist.

(C)

Dennoch können die Auswirkungen des weltwirtschaftlichen Umbruchs an dem exportorientierten Industrieland Nordrhein-Westfalen nicht spurlos vorübergehen. Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit erfordern weiterhin die Initiative unseres Handelns und die Konzentration unserer Mittel auf dieses sozial vorrangige Problem.

Das aus der weltwirtschaftlichen Entwicklung mit steigenden Rohstoffpreisen und sich ändernden Handels- und Währungsbeziehungen resultierende abgeflachte Wirtschaftswachstum begrenzt die Dimensionen der privaten Wünsche ebenso wie die der öffentlichen Investitionen. Die Bürger und diejenigen, die in Staat und Wirtschaft Verantwortung übernommen haben, müssen wissen, daß privater Konsum und öffentliche Aufgaben nicht mehr gleichzeitig in der bisherigen Weise gesteigert werden können.

Jede Ausgabenwirtschaft, des Einzelnen wie des Staates, wird den Vorrang vieler öffentlicher Notwendigkeiten vor manchen privaten Wünschen erkennen müssen. Wir befinden uns in einer Situation weltwirtschaftlicher Bedrängnis, die uns die Erkenntnis aufzwingt, daß zur Zeit auf vielen Gebieten die Bewahrung des Erreichten das Maximum des Erreichbaren ist.

Die Haushaltswirtschaft der öffentlichen Hand steht damit vor einer schweren Belastungsprobe. Bundesregierung und Landesregierung, Bundestag und Landesparlament werden zur Bewältigung der großen, vor uns liegenden finanzpolitischen Herausforderungen zu schmerzhaften Maßnahmen gezwungen sein. Umfang und Zuschnitt aller haushaltsbelastenden Maßnahmen müssen überprüft werden. Auch gegenüber gesetzlich festgeschriebenen Ausgaben kann es keine Tabus geben.

(D)

Die Landesregierung sagt aber klar, daß der Staat von seiner Verantwortung für die Daseinsvorsorge gegenüber den Bürgern keine Abstriche macht. Die soziale Gerechtigkeit darf keinen Schaden nehmen.

(Beifall bei der SPD, zum Teil bei der F.D.P.)

Regierung und Verwaltung werden sich zuerst einschränken müssen. Die Ausdehnung der Personalkosten wird gebremst werden.

Die Leistungsfähigkeit des Landes zu erhalten und langfristig zu sichern, ist übergeordnetes Ziel der Finanzpolitik. Die für dieses Jahr zu erwartenden hohen Finanzierungsdefizite sind die Konsequenz einer Finanzpolitik, die unter konjunkturellen Aspekten erforderlich war.

Die Finanzpolitik des Landes, die schon bisher auf die konjunkturelle Entwicklung flexibel und der jeweiligen Situation entsprechend reagiert hat, wird sich auch künftig den konjunkturellen Erfordernissen stellen. Die bisherige Haushaltspolitik, die von dem Grundsatz

(Kühn, Ministerpräsident)

- (A) einer möglichst geringen Staatsverschuldung ausging und konsequent danach handelte, bietet eine im Vergleich zu den übrigen Bundesländern unverhältnismäßig günstige Ausgangslage. Die ökonomische und finanzielle Situation beschränkt den Spielraum, in der Landespolitik neue Initiativen zu ergreifen.

Die Politik der Landesregierung wird sich in den kommenden Jahren deshalb in erster Linie auf die Sicherung der eingeleiteten Reformen ausrichten. Nur da werden neue Aufgaben in Angriff genommen werden können, wo für drängende Probleme Lösungsschritte finanziell möglich sind.

Die Funktionalreform wird die kommunale Gebietsreform vervollständigen. Die Funktionalreform hat die Verwaltung orts- und bürgernah zu gestalten und alle Möglichkeiten zur Rationalisierung und Einsparung auszuschöpfen. Wie schon bei der kommunalen Gebietsreform in der vergangenen Legislaturperiode bietet die Landesregierung der Opposition auch bei der Funktionalreform die Zusammenarbeit an.

(Giesen CDU und andere: Hier dürfen wir!)

Die Landesregierung wird das kommunalverfassungsrechtliche Organisationssystem überprüfen und Vorschläge zur zeitgerechten Ausgestaltung machen.

- (B) Eine Initiative halte ich für notwendig, um die Stellung der Frau in Beruf und Gesellschaft zu stärken. Ich werde – in meinem Geschäftsbereich – eine Beauftragte für Frauenfragen ernennen, die durch Information, Beratung und Überzeugung dazu beitragen kann, die Belange der Frauen besser zur Geltung zu bringen.

Insgesamt wird die Landesregierung ihre Arbeitskraft und die Verwaltungskraft des Landes noch stärker auf Schwerpunkte konzentrieren.

Sie wird in der Erfüllung ihrer Aufgaben die Prioritäten noch schärfer als bisher setzen. Dadurch ist jedoch keines unserer zur Sicherung der Zukunft notwendigen Reformziele aufgegeben, nur weil sich ihre Verwirklichung in dieser Situation finanziell nicht möglich machen läßt. Wir dürfen der nahen Zukunft nicht abverlangen wollen, was erst die weitere Zukunft ermöglichen kann.

Gerade in der ökonomisch und finanziell angespannten Situation wird sich unsere Politik der planvollen Handlungskonzepte erneut bewähren. Nur durch eine auf das Wesentliche konzentrierte und in Zielen und Maßnahmen abgestimmte Handlungskonzeption kann sichergestellt werden, daß die öffentlichen Aufgaben bei beschränkten Staatseinkünften erfüllt werden. Das NWP 75 gilt in seinen mittelfristigen Zielen noch bis zum Ende dieses Jahres. Die Landesregierung wird die Regierungsplanung kontinuierlich weiterführen und fortentwickeln und die Ergebnisse dem Hause vorlegen.

Die heutige Regierungserklärung beschränkt sich darauf, die Schwerpunktbereiche der zukünftigen Landespolitik

abzustecken und die wesentlichsten Ziele zu nennen, die die Landesregierung in diesen Bereichen anstrebt. (C)

Für die Landesregierung sind das die Schwerpunktbereiche ihrer künftigen Tätigkeit:

Erstens: die Sicherung der Arbeitsplätze und die Sicherung der Wirtschaftskraft bei ausgeglichener wirtschaftlicher Entwicklung des Landes und gesunden Umweltbedingungen;

(Beifall bei der SPD)

zweitens: die Sicherung der Zukunft unserer Jugend in Schule, Bildung und Beruf;

(Beifall bei der SPD und einem Teil der F.D.P.)

drittens: die Sicherung der sozialen Gerechtigkeit für die Alten, für die Behinderten und für alle, die die tätige Hilfe der Gemeinschaft brauchen;

(Beifall bei der SPD und einem Teil der F.D.P.)

und viertens ist dies die Sicherung von Freiheit und Recht in einer demokratischen Ordnung, in der unsere Bürger sich geborgen fühlen können.

(Beifall bei der SPD und einem Teil der F.D.P.)

Im Schwerpunktbereich Wirtschaft bleibt die Sicherung der Arbeitsplätze die hervorragende Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Land. Diese Landesregierung, die ihr Mandat vor allem den Arbeitnehmern in den industriellen Ballungszentren an Rhein und Ruhr verdankt, wird als oberstes Ziel ihres Regierungshandelns alles tun, damit jeder, der arbeiten will, einen zumutbaren Arbeitsplatz erhält. (D)

(Beifall bei der SPD und einem Teil der F.D.P.)

Um diesem Ziel wieder möglichst nahe zu kommen, haben Bund und Land erhebliche konjunkturpolitische Anstrengungen unternommen. Wenn im Augenblick der wirtschaftliche Prozeß noch nicht den von uns allen erhofften Aufschwung zeigt,

(Lachen bei der CDU)

dann hat das Ursachen, die von der Landesregierung nicht oder nur sehr schwer beeinflußt werden können.

(Widerspruch von der CDU)

Es ist für unser großes Industrieland unmöglich, sich aus den weltwirtschaftlichen Verflechtungen zu lösen. Infolge der Stagnation des Welthandels ist die Belebung des so wichtigen deutschen Exportmarktes bislang ausgeblieben. Dennoch bleibt unsere Überzeugung gerechtfertigt: Der Aufschwung kommt.

(Beifall bei der SPD – Lachen bei der CDU – Zurufe von der CDU)

(Kühn, Ministerpräsident)

(A) – Wer so reagiert, will ihn offensichtlich nicht!

(Pfui! bei der CDU – Beifall bei der SPD und einem Teil der F.D.P.)

Objektive Lagebeurteilungen

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

durch unabhängige Beobachter liegen vor; ich erinnere an die Prognosen der großen wirtschaftswissenschaftlichen Institute und an den jüngsten Halbjahresbericht der Ruhrkammern. Die Prognosen bestärken unsere Hoffnungen; aber sie verführen uns nicht zu unrealistischem Kalkül.

Sichere Arbeitsplätze sind qualifizierte Arbeitsplätze. Die Landesregierung wird ihre regionale und sektorale Strukturpolitik konsequent fortsetzen, um langfristig die wirtschaftliche Leistungskraft des Landes zu stärken. Sie wird sich dabei noch stärker auf die förderungsbedürftigen Gebiete und auf die entwicklungsfähigen Schwerpunkte konzentrieren. Die Infrastrukturmittel werden, um einen koordinierten strukturpolitischen Effekt zu erreichen, stärker in die Strukturpolitik einbezogen.

Die Landesregierung wird ihr Handeln an den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft ausrichten. Sie wird dabei allen Betriebsgrößen gleiche Bedingungen für Start und Entwicklung einräumen, da nur der Wettbewerb von Klein-, Mittel- und Großbetrieben gemeinsam zum Wachstum für unser Land beiträgt.

(B)

In der Verkehrspolitik ist zwischen dem individuellen und dem öffentlichen Nahverkehr entsprechend der unterschiedlichen Struktur der Landesteile ein ausgewogenes Verhältnis anzustreben. In den Verdichtungsgebieten hat der öffentliche Nahverkehr Priorität; er wird noch stärker auf Schwerpunkte konzentriert. Die Landesregierung wird die Voraussetzungen für die Bildung von regionalen Verkehrsverbänden und Verkehrsgemeinschaften in allen Teilen des Landes schaffen.

Im Rahmen der sektoralen Strukturpolitik ist die langfristige Sicherung der Energieversorgung vordringlich. Besondere Bedeutung mißt die Landesregierung der Standortplanung für Kraftwerke und dem Technologieprogramm Energie bei, durch das die Grundlage für eine bessere und umweltfreundliche Nutzung der heimischen Energiequelle Kohle geschaffen wird.

Die Lösung unvermeidlicher Zielkonflikte zwischen dem Umweltschutz einerseits und der Sicherung der Arbeitsplätze oder der Sicherung der Energie andererseits muß in jedem Einzelfall geschehen. Die Landesregierung wird sich von dem Grundsatz der Gleichrangigkeit der Umweltschutzpolitik mit den fachpolitischen Zielsetzungen leiten lassen. Der Umweltschutz geht jedoch dann vor, wenn Leben oder Gesundheit der Bürger oder unsere natürlichen Lebensgrundlagen gefährdet sind.

Nach der Sicherung der Arbeitsplätze ist die Bildungspolitik der zweite große Schwerpunktbereich dieser

Legislaturperiode. Ihr Leitziel ist nach wie vor das Prinzip der Chancengleichheit. Chancengleichheit bedeutet Abbau sozialer Benachteiligungen, nicht aber Verzicht auf Leistung. Eignung, Bewährung und Können sind Bestandteil aller bisher durchgeführten und noch geplanten Bildungsreformen. (C)

In der Bildungspolitik hat die berufliche Bildung Priorität.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Die Landesregierung wird die Bemühungen der Bundesregierung um ein neues Berufsbildungsgesetz nachdrücklich unterstützen.

(Erneuter Beifall bei den Regierungsparteien)

Zugleich wird die Landesregierung das Ihre dazu tun, daß die vom Bund zu erlassenden Ausbildungsordnungen für die Betriebe und die von den Ländern festzulegenden Lehrpläne für die Berufsschulen aufeinander abgestimmt werden, um so eine Einheit der Ausbildung in Schule und Betrieb gewährleisten zu können.

Das Berufsgrundbildungsjahr und der Blockunterricht in der Berufsschule werden weiter ausgebaut.

Um in allen Regionen des Landes ein gleichmäßig gutes Ausbildungsangebot zu gewährleisten, werden die überbetrieblichen Ausbildungsstätten verstärkt gefördert. (D)

Die Landesregierung wird ihren Reformweg im Schulwesen besonnen weitergehen; sie gibt ihre Reformpolitik nicht auf. Die Gestaltung der Lehrpläne und die Lehrerfortbildung haben Vorrang vor Organisationsreformen. Der Schulversuch Gesamtschule wird in dem bisher geplanten Umfang fortgesetzt;

(Beifall bei den Regierungsparteien)

ebenso wird der Schulversuch Kollegschule weitergeführt.

(Beifall bei der F.D.P. und Abgeordneten der SPD)

Die schulformunabhängige Orientierungsstufe für die Klassen 5 und 6 wird in Schulzentren eingerichtet werden; sie wird mit den daran anschließenden Jahrgangsklassen der drei weiterführenden Schulen zur kooperativen Schule zusammengefaßt.

(Beifall bei den Regierungsparteien – Zurufe von der CDU – Gegenrufe von der SPD)

Die Landesregierung wird in einem „Aktionsprogramm Breitensport“ alle Maßnahmen bündeln, um dem Ziel „Sport für alle“ näherzukommen.

Der Hochschulausbau stößt nach Jahren eines eindrucksvollen Wachstums an seine Grenzen. Die Landesregierung wird sich jetzt darauf konzentrieren, die Qualität in der Hochschulausbildung und im Bereich der Wissenschaft weiter zu steigern.

(Kühn, Ministerpräsident)

- (A) Die Landesregierung hält an ihrem hochschulpolitischen Ziel der integrierten Gesamthochschule fest. Sie wird die Gleichwertigkeit der Gesamthochschulen und der Fernuniversität mit den Universitäten gewährleisten.

Die Landesregierung hält daran fest, daß die an den Gesamthochschulen und durch Studienreformkommissionen eingeleitete Studienreform Kernstück der Hochschulreform bleibt.

Im Zusammenwirken mit den anderen Bundesländern und der Bundesregierung strebt die Landesregierung eine grundlegende Neuordnung des Hochschulzugangs an; diese Neuregelung muß auch zur Entwicklung gleichwertiger beruflicher Alternativen zum Studium beitragen.

Dritter Schwerpunktbereich der Landespolitik für diese Legislaturperiode ist die Sicherung der sozialen Gerechtigkeit. Schutzlos ist in unserem sozialen Rechtsstaat niemand mehr. Aber die notwendige Solidarität mit den Schwachen in unserer Gesellschaft bedarf jeden Tag der neuen Bewährung.

Die Landesregierung wird ihre Politik für die älteren Menschen konsequent fortsetzen, um ihnen Selbständigkeit und Sicherheit bei bleibender Teilnahme am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen.

Die Maßnahmen der Fürsorge und Eingliederung der Behinderten werden in einem Behindertenplan aufeinander abgestimmt.

- (B) Im sozialen Wohnungsbau wird die Landesregierung die Förderung auf die Bedürfnisse sozial schwacher Gruppen, auf ältere Mitbürger, Schwerbeschädigte, Kinderreiche und junge Familien beschränken.

Der Städtebau wird noch mehr als bisher darauf konzentriert, den Wohnwert belasteter und schlecht strukturierter Städte zu erhöhen.

Die Aufgaben der inneren Sicherheit bilden den vierten Schwerpunktbereich der Landespolitik. Das Gespenst eines anarchistischen Terrorismus geht um in der Welt. Seine ideologische Farbskala ist bunt, aber was diese Kräfte des Unheils – ob extrem rechts oder extrem links – bei aller subjektiven Gegensätzlichkeit objektiv verbündet, ist ein fanatisierter Umsturzwiller, der sich immer mehr zur Kriminalität wandelt. Ihm müssen wir mit dem entschlossenen Willen begegnen, alle rechtsstaatlich legitimierte, aber auch gebotenen Mittel anzuwenden;

(Beifall bei den Regierungsparteien)

denn nur der Rechtsstaat kann die Demokratie glaubwürdig verteidigen. (C)

Die Landesregierung wird auf der Grundlage des „Programms für die Innere Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland“, zu dem sich Bund und Länder gemeinsam bekannt haben, die Leistungskraft der Polizei weiter verbessern. Die öffentliche Sicherheit bleibt auch unter dem Gebot der Sparsamkeit gewährleistet. Der Kampf gegen den anarchistischen Terror und gegen den Extremismus rechter und linker Ideologie ist allerdings eine Aufgabe, die mit den Mitteln der Polizei und mit einer Verfeinerung des rechtsstaatlichen Instrumentariums allein nicht bewältigt werden kann.

Bei der Abwehr ernster Gefahren für unsere Demokratie müssen alle Bürger zusammenstehen und Zeichen für die Entschlossenheit setzen, die freiheitliche, soziale und rechtsstaatliche Ordnung zu verteidigen.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Unsere Zuversicht gründet sich nicht zum geringsten darauf, daß die junge Generation, die wachsam und kritisch in Staat und Gesellschaft mitarbeitet, den Verirrungen und Verführungen des Anarchismus und Extremismus widerstanden hat.

Unsere freiheitliche und soziale Demokratie lebt vom Vertrauen. In unserem hart arbeitenden und nüchtern urteilenden Lande ist dies vor allem das Vertrauen der arbeitenden Menschen, ob sie in Fabriken und Bergwerken, in Laboratorien und Büros, in Hörsälen und Krankenhäusern oder wo sonst immer arbeiten. Ihre Hoffnungen, ihre Erwartungen, ihr Vertrauen werden für diese Landesregierung Ansporn und Verpflichtung sein. (D)

(Anhaltender Beifall bei den Regierungsparteien)

Präsident Dr. Lenz: Meine Damen und Herren, Sie haben die Regierungserklärung entgegengenommen. Wir sind damit am Ende der heutigen Sitzung. Entsprechend dem zwischen den Fraktionen vereinbarten Zeitplan berufe ich den Landtag für Donnerstag, den 12. Juni 1975, 10.00 Uhr, wieder ein. Im Mittelpunkt dieser nächsten Sitzung wird die Debatte über die Regierungserklärung stehen. Sie haben die Tagesordnung für diese Sitzung inzwischen in Ihren Postfächern. Ich danke Ihnen. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß: 12.13 Uhr

Ausgegeben: 9. 6. 1975

Die Veröffentlichungen des Landtags sind fortlaufend und einzeln gegen Erstattung der Selbstkosten beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 4 Düsseldorf 1, Postfach 5007, Telefon (02 11) 88 44 39, zu beziehen.